

INHALT

1. Was hat die Regierungskoalition mit den kleinen Gemeinden vor?
2. Hinweise auf Personalkürzungen bei der Polizei verdichten sich
3. Regierung überweist Sonderzahlung vor Beschluss des Gesetzes
4. Scharfe Kritik der CDU-Fraktion an mangelnden Mitteln für Straßensanierung
5. CDU-Fraktion zu Gast im Herzogtum Lauenburg
6. FAK Soziales zu Gast im Haus der sozialen Dienste des Lebenshilfswerkes Mölln
7. Energiewende umweltfreundlich umsetzen
8. Feuerwehren an Einnahmen aus Glückspiel beteiligen!
9. Fraktionsarbeitskreis Bildung informiert sich über Stiftung Herzogtum Lauenburg

03.05.2013

Was hat die Regierungskoalition mit den kleinen Gemeinden vor?

SPD, Grüne und SSW lehnen Bekenntnis zu Erweiterungsmöglichkeiten für Betriebe im ländlichen Raum ab



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit haben SPD, Grüne und SSW in der

Landtagssitzung der vergangenen Woche eine bemerkenswerte Positionierung im Hinblick auf die Entwicklungsperspektiven kleiner Gemeinden vorgenommen.

Sie lehnten einen Entschließungsantrag der CDU-Fraktion ab. In diesem heißt es wörtlich: „Mittelstand und Handwerk sichern und schaffen in Schleswig-Holstein den weit überwiegenden Anteil der Arbeits- und Ausbildungsplätze. Der Landtag bekennt sich zur Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie zur Ansiedlung ortsangemessener Betriebe in allen Gemeinden und stärkt durch mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen Mittelstand und Handwerk in Schleswig-Holstein.“

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen befürchtet, dass SPD, Grüne und SSW die unter der CDU-geführten Landesregierung vorgenommenen Erleichterungen zur Ansiedlung und Erweiterung von Betrieben im ländlichen Raum wieder rückgängig machen wollen.

„Das ist ein klares Signal. SPD, Grüne und SSW wollen die wirtschaftliche Entwicklung wieder auf die zentralen Orte beschränken“, so Callsen.

Zum Entschließungsantrag der CDU-Fraktion:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/drucks/0700/drucksache-18-0779.pdf>

Hinweise auf Personalkürzungen bei der Polizei verdichten sich CDU-Fraktion fordert Landesregierung zur Klarstellung auf



Astrid Damerow, MdB

Unter den CDU-geführten Vorgängerregierungen wurde der Vollzugsdienst der Polizei von Stellenkürzungen ausgenommen. Im Parlament bestand große Einigkeit über einen politisch anerkannten Personalmehrbedarf (so genannte „strategische Lücke“) der Polizei von 160 Stellen. Nun verdichten sich die Hinweise, dass SPD, Grüne und SSW doch im Vollzugsdienst kürzen wollen.

So wick Innenminister Andreas Breitner in der letzten Sitzung des Innen- und Rechtsausschusses der Frage der polizeipolitischen Sprecherin der CDU-Fraktion, Astrid Damerow, nach einer Bestandsgarantie für diese „Strategische Lücke“ unter Verweis auf die im Juni stattfindenden Eckwerteberatungen zum Haushalt 2014 aus.

Damerow forderte deshalb in dieser Woche eine klare Aussage: „Unsere Polizei arbeitet am Anschlag. Mit den ausweichenden Antworten muss Schluss sein. Ich fordere ein klares und

eindeutiges Bekenntnis der Landesregierung, dass es keine Personalkürzungen bei der Polizei geben wird“.

Eine Antwort der Landesregierung steht bislang aus.

Regierung überweist Sonderzahlung vor Beschluss des Gesetzes Beamte von A-2 bis A-11 erhielten zum 1. Mai 360 Euro extra

In der vergangenen Woche haben mehr als 1500 Beamten gegen die Pläne der Landesregierung für ein Besoldungsdiktat demonstriert. Bislang wurde über den entsprechenden Gesetzentwurf noch nicht einmal beraten. Pünktlich zum „Tag der Arbeit“ überwies die Landesregierung den Besoldungsgruppen A-2 bis A-11 nun jeweils 360 Euro. Nach Auskunft des Finanzministeriums geschah dies „unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der noch zu beschließenden gesetzlichen Grundlage.“

CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch kritisierte das Vorgehen scharf: „Das ist der eindeutige Versuch, die Beamtenschaft angesichts der massiven Proteste zu spalten. Der von Albig angekündigte solidarische Weg besteht darin, einen Keil zwischen die Mitarbeiter des Öffentlichen Dienstes zu treiben. Sein solidarischer Weg endet bei A 11“.

Die Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes in Schleswig-Holstein sprach von einer Taktik, die demokratischen Grundprinzipien zuwider laufe und Unfrieden stifte.

„Für die CDU bleibt es dabei: Der Tarifabschluss der Angestellten ist zeit- und inhaltsgleich zu übernehmen. Wir fordern die Landesregierung auf, diese unwürdige Taktikerei auf dem Rücken der Beamtinnen und Beamten zu beenden“, stellte Koch klar.



Tobias Koch, MdL

Scharfe Kritik der CDU-Fraktion an mangelnden Mitteln für Straßensanierung Verkehrsministerium zieht Straßenzustandsbilanz

In dieser Woche legte Verkehrsminister Reinhard Meyer seine Straßenzustandsbilanz vor. Dabei erklärte der SPD-Minister, dass das Land in diesem Jahr knapp 24 Millionen Euro und damit zusätzliche fünf Millionen in Bauleistungen an Landesstraßen investieren werde.

Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hans-Jörn Arp, reagierte umgehend:

„Meyers Selbstbeweihräucherung ist unerträglich: Dieser Verkehrsminister klopft sich auf die eigene Schulter, weil er ausschließlich in diesem Jahr magere fünf Millionen mehr für die maroden Landesstraßen bereitstellen wird. Er verschweigt, dass er den Gemeinden satte 18 Millionen für deren ebenso dringenden Straßenunterhaltung wegnehmen will“.

Mit Blick auf die geplanten Kürzungen bei den Gemeindestraßen forderte Arp die Landesregierung auf, Abstand von ihren Umverteilungsplänen zu nehmen. Im Koalitionsvertrag hatte die Dänenampel angekündigt, über die Hälfte der GVFG-Mittel (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz) für den kommunalen Straßenbau zugunsten des ÖPNV-Ausbaus abzuziehen.

SPD, Grüne und SSW hätten darüber hinaus einen Antrag der CDU-Fraktion im Landtag abgelehnt, die Erhöhung für die kommende Jahre festzuschreiben.

„SPD, Grüne und SSW waren noch nicht einmal bereit, darüber im Ausschuss zu beraten. Angesichts des maroden Straßenzustandes sind diese zusätzlichen Mittel auch in den kommenden Jahren dringend notwendig. Wenn die Landesregierung ihre widersinnigen Pläne nicht aufgibt, wird ganz Schleswig-Holstein bald zur Tempo-30-Zone. Dann haben die Grünen ihr Ziel erreicht“, so der CDU-Verkehrsexperte.



Hans-Jörn Arp, MdL

CDU-Fraktion zu Gast im Herzogtum Lauenburg Auswärtige Sitzung in Mölln

In diesem Monat führte die auswärtige Fraktionssitzung die Abgeordneten der CDU-Fraktion nach Mölln im Herzogtum Lauenburg. Am Vormittag fanden Vor-Ort-Termine zu verschiedenen Politikfeldern statt. Am Nachmittag trafen sich die Landtagsabgeordneten in der Stiftung Herzogtum Lauenburg mit dem Landtagspräsidenten und CDU-Kreisvorsitzenden Klaus Schlie, Kreispräsident Meinhard Füllner und dem CDU-Kreistagsfraktionsvorsitzenden Norbert Brackmann, MdB, sowie weiteren Kreispolitikern zu einem Erfahrungsaustausch.

Scharfe Kritik äußerten die Fraktionsmitglieder an der Verkehrspolitik von SPD, Grünen und SSW. Immer mehr Straßen im Kreis müssen wegen Schäden auf Tempo 30 begrenzt werden. Auch für die Sanierung der durch den Winter geschädigten Gemeindestraßen fehle das Geld. „Es ist nicht zu glauben, dass die Vollsperrung der L 205 drei Monate gedauert hat“, erklärte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen. Er forderte für alle Landesstraßen ein Mindestunterhaltungsprogramm, so wie es die CDU-geführte Vorgängerregierung aufgestellt hatte.

Breiten Raum bei der Diskussion machten die Pläne der Dänen-Ampel für eine Reform des Kommunalen Finanzausgleichs aus. Die Landtagsabgeordneten betonten ihre Befürchtung, dass Pläne von SPD, Grünen und SSW für eine groß angelegte Gebietsreform nach der Kommunalwahl dahinter steckten. „Auch wenn die Koalition diese Pläne vor den Kommunalwahlen dementiert: Im Koalitionsvertrag steht klipp und klar, dass Gemeindegrößen mit mindestens 8000 Einwohnern angestrebt werden“, so Callsen. Über den Finanzausgleich wollten SPD, Grüne und SSW die Kommunen zu Zusammenschlüssen zwingen.

Durch die Pläne von SPD, Grünen und SSW werde auch eine deutliche Schwächung des kommunalen Ehrenamts: „SPD, Grüne und SSW setzen auf hauptamtliches Personal in großen Kommunen. Das wird im Regierungshandeln täglich sichtbar“, so Callsen mit Blick auf weitere Regierungsinitiativen zur Landesplanung.

Einzelberichte zu den Besuchen der Facharbeitskreise finden Sie nachstehend.

FAK Soziales zu Gast im Haus der sozialen Dienste des Lebenshilfewerkes Mölln Betreuung und Hilfe von Jung bis Alt



Teilnehmer des Besuchs beim Lebenshilfewerk Mölln

Im Rahmen seiner Bereisung in den Kreis Herzogtum-Lauenburg hat der Fraktionsarbeitskreis Soziales der CDU-Landtagsfraktion das Lebenshilfewerk Mölln besucht. Diese Organisation hat mit ihren verschiedenen Einrichtungen die Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft zum Ziel. Für ein Gespräch über die Einrichtungen und Aktivitäten, Aufgaben und Sorgen des Lebenshilfewerkes - standen dem Fraktionsarbeitskreis der Geschäftsführer, Hans-Joachim Grätsch, und die Leiterin der Werkstätten des Lebenshilfewerkes, Ines Senftleben, zur Verfügung.

Katja Rathje-Hoffmann, sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, zeigte sich mit ihren Begleitern beeindruckt von der Vielfalt des Lebenshilfewerkes und dem ganzheitlichen Ansatz der Einrichtung: Betreuung und Hilfe von Jung bis Alt.

„Das Lebenshilfewerk ist mit dem Spektrum der Hilfen, die angeboten werden, ein wichtiger Baustein in unserer Gesellschaft“, erklärte Rathje-Hoffmann nach dem Informationstermin. Mit 500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie 1.600 Plätzen in mehreren Einrichtungen sei das Lebenshilfewerk Mölln aus der Region auch gar nicht mehr wegzudenken.

Neben der Darstellung der verschiedenen Einrichtungen und Dienste wurden auch die Probleme im Alltag diskutiert: Finanzierung von Fachleistungsstunden, bürokratische Hürden oder auch die Bedeutsamkeit der Frühförderung für die weitere Entwicklung von Kindern.

„Viele der heute angesprochenen Themen müssen auch weiterhin im Fokus der Politik bleiben, da die politischen Rahmenbedingungen für Menschen mit Behinderung eine immense Rolle spielen. Wir werden daher wiederkommen und mit Ihnen im Gespräch bleiben“, versprach Rathje-Hoffmann zum Schluss des Besuchs.

Energiewende umweltfreundlich umsetzen

FAK Agrar und Umwelt informiert sich über Pumpspeicherwerk und Fischtreppe in Geesthacht



Die Teilnehmer des Besuchs an der Fischtreppe in Geesthacht

Am Rande der auswärtigen Fraktionssitzung in Mölln informierte sich der Fraktionsarbeitskreis „Agrar und Umwelt“ unter der Leitung des Abgeordneten Heiner Rickers zunächst im Pumpspeicherwerk in Geesthacht. Michael Wenk von Vattenfall und der Leiter der Anlage, Herr Köppke, informierten neben den Abgeordneten auch örtliche CDU-Mandatsträger.

Durch den stärkeren Einsatz regenerativer Energieträger kommt es immer häufiger zu starken Spannungsschwankungen in den Stromnetzen. Pumpspeicherwerke, wie das in Geesthacht, sind in ihrer Wirkungsweise mit einer Batterie vergleichbar. Wird das Aufrechterhalten der Netzstabilität erforderlich, so kann das Pumpspeicherkraftwerk zugeschaltet werden und innerhalb von 200 Sekunden Strom liefern. Damit ist es mit Abstand am schnellsten lieferbereit – Gasturbinen sind mit schon 20 Minuten nur die zweitschnellste Form. Das 1958 in Betrieb gegangene Pumpspeicherwerk weist einen hohen Wirkungsgrad von 70 % auf. Seit der weitgehenden Befreiung von der Oberflächenwasser-Entnahmeabgabe wird das Kraftwerk aufgrund der gestiegenen Rentabilität wieder verstärkt genutzt.

Allein im vergangenen Jahr hat das Unternehmen 250.000 € investiert, um die erhobenen Vorwürfe des Verstoßes gegen den Fischschutz zu untersuchen. Ende 2013 werden konkrete Ergebnisse vorliegen. Erste Untersuchungsergebnisse zeigen die Haltlosigkeit der Anschuldigungen: Fische weichen einem Sog bereits frühzeitig aus, markierte Fische schwammen zwar in die Bucht vor dem Kraftwerk, aber keiner geriet in den Sog und schließlich sind keine toten Fische zu beobachten, was – schon aufgrund der leichten Beute – Möwen anziehen würde.

Unter fachkundiger Leitung durch Frau Bode informierten sich die Parlamentarier auch über den Fischaufstieg an der Staustufe Geesthacht. Die Anforderungen an das Kraftwerk Moorburg haben dieses Projekt erst ermöglicht. 2010 ging die etwa 500 Meter lange „Fischtreppe“ in Betrieb. Baukosten von 20 Mio. € stehen jährliche Unterhaltungskosten von 800.000 € gegenüber.

In einem bis 2015 befristeten Monitoring wird jeder Fisch, der die Anlage passiert registriert. Dabei sind besondere Anforderungen, wie die Auffindbarkeit und Passierbarkeit der Anlage an mindestens 300 Tagen im Jahr, zu gewährleisten. Die größte Anlage ihrer Art in Europa ermöglicht es bereits 44 Fischarten, darunter auch dem Stör, wieder an der Staustufe vorbei in Jagd- oder Laichgebiete flussaufwärts zu gelangen. Am Ende zeigten sich Abgeordnete und Lokalpolitiker beeindruckt von den Dimensionen und dem Erfolg des Fischaufstiegs, der nun nach Jahrzehnten wieder ungehindert möglich sei.

Feuerwehren an Einnahmen aus Glücksspiel beteiligen! **FAK "Innen und Recht" besucht Kreisfeuerwehrverbänden**



Teilnehmer des Besuchs beim Kreisfeuerwehrverband

Der Fraktionsarbeitskreis "Innen und Recht" hat sich im Rahmen der Fraktionsbereisung des Kreises Herzogtum-Lauenburg zu einem Gespräch mit dem dortigen Kreisfeuerwehrverband getroffen.

Thema des intensiven Austausches war insbesondere die Bedeutung der ehrenamtlichen Feuerwehrleute. Hierbei wurde deutlich, dass vor allem die Gewinnung von junglichem Nachwuchs eine Herausforderung für die Feuerwehrverbände darstellt, da diese mit einer Reihe von anderen Jugendangeboten konkurrieren. Insoweit sei es unabdingbar, Jugendlichen ein attraktives Umfeld für ein Engagement in der Jugendfeuerwehr zu bieten. Gleichzeitig müsse auch sichergestellt sein, dass Beruf und Ehrenamt miteinander vereinbar blieben.

Die innenpolitische Sprecherin der Fraktion, Petra Nicolaisen, betonte im Anschluss an das Gespräch, dass es auch Aufgabe der Politik sei, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen und dem Ehrenamt die gebührende Anerkennung zuteil werden zu lassen.

"Es ist heute auch noch einmal deutlich geworden, wie wichtig eine Beteiligung des Landesfeuerwehrverbandes an der Glücksspielabgabe ist. Hierdurch können wir den Feuerwehren helfen, die notwendigen Weichenstellungen für die Zukunft vorzunehmen. Auch kann ich die Landesregierung nur auffordern, ihre Praxis, keine Vertreter zu Feuerwehrjubiläen

zu entsenden, zu ändern. Wertschätzung ist der einzige Lohn, den ehrenamtlich Tätige erhalten. Diesen darf die Landesregierung ihnen nicht auch noch vorenthalten.

Am heutigen Freitag (3. Mai 2013) kündigten die regierungsfractionen an, die Feuerwehren künftig an den Einnahmen aus der Glückspielabgabe beteiligen zu wollen.

Fraktionsarbeitskreis Bildung informiert sich über Stiftung Herzogtum Lauenburg Kultur, Wirtschaft und Naturschutz unter einem Dach

Ganz im Zeichen der Kultur stand am Dienstag (30. April 2013) der Besuch des Fraktionsarbeitskreises Bildung im Herzogtum Lauenburg. Im Vorfeld der auswärtigen Fraktionssitzung informierten sich die Abgeordneten auf dem Möllner Stadthauptmannshof über die Arbeit der Stiftung Herzogtum Lauenburg, die dort mitsamt ihrer Akademie ihren Sitz hat.

Landtagspräsident Klaus Schlie, der zugleich Vorsitzender der Kulturstiftung ist, führte die Fraktionsmitglieder durch das wohl älteste Denkmalensemble städtischer Territorialherrschaft in Norddeutschland. Dabei stellte er dem Besuch aus Kiel die Ziele und Aktivitäten der regionalen Institution vor.

Die Vorsitzende des Fraktionsarbeitskreises Bildung, Heike Franzen bedankte sich bei Klaus Schlie für die Einladung: „Es ist beeindruckend, welche Bandbreite die Stiftung abdeckt: Naturschutz, Kultur und Wirtschaft unter einem Dach zu vereinen, ist wirklich einzigartig“, lobte Franzen.

Auch wenn der Kreis Herzogtum Lauenburg im Vergleich zu anderen schleswig-holsteinischen Kreisen die höchsten Mittel für Kulturausgaben bereitstelle, bereite die Instandhaltung der Stiftung- und Akademiegebäude den Verantwortlichen große Sorgen, erläuterte Klaus Schlie. „Unsere Gebäude sind in die Jahre gekommen. Hier müssen wir dringend zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Allerdings kann die Stiftung diese Kosten nicht allein aus dem laufenden Haushalt heraus tragen. Darum sind wir auf der Suche nach anderen Finanzierungsmöglichkeiten“, erklärte Schlie mit Blick auf die finanzielle Situation der Stiftung.

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Johannes Callsen, der den Fraktionsarbeitskreis auf seinem Besuch begleitete, zeigte sich von der Arbeit der Stiftung beeindruckt. „Nicht nur die Lage der Stiftungsgebäude ist imposant. Auch das sehr vielschichtige Angebot, das die Stiftung und ihre Akademie anbieten, lässt sich sehen. Der Kreis Herzogtum Lauenburg kann wahrlich stolz auf seine Stiftung sein“, so Callsen.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de